

Niederschrift der 12. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 18.05.2017 - öffentlicher Teil

Datum: 18.05.2017

Zeit: 17:00 Uhr –19:00 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Haus 4, Raum 301

Anwesende Ausschussmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Frau Astrid Hirschfelder	SPD/BVB
Herr Jürgen Hoppe	SPD/BVB
Herr Sebastian Tattenberg	SPD/BVB

Vertretung für Frau Elke Grunwald

CDU-Fraktion

Herr Andreas Meyer	CDU
Herr Manfred Suhr	CDU

von 17:03 Uhr bis 18:58 Uhr

Fraktion DIE LINKE

Frau Sieglinde Knudsen	DIE LINKE
Herr Heiko Poppe	DIE LINKE

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Jürgen Mittelstädt	BLR
-------------------------	-----

FDP-Fraktion

Herr Gerd Regler	FDP
------------------	-----

Fraktion Grüne/RdUM

Herr Dr. Gernot Schwill	Grüne/RdUM
-------------------------	------------

Verwaltung

Herr Frank Fillbrunn	2. Beigeordneter
Frau Dr. Michaela Hofmann	Amtsleiterin Gesundheits- und Veterinäramt
Herr Michael Steffen	Leiter Jobcenter
Herr Marko Ulrich	Amtsleiter Sozialamt
Frau Sandra Janz	Sachgebietsleiterin Sozialhilfe

Schriftführerin

Frau Michaela Felgener Büro des Kreistages

Abwesende Ausschussmitglieder:**Landrat**

Herr Dietmar Schulze Landrat entschuldigt

SPD/BVB-Fraktion

Frau Elke Grunwald SPD/BVB entschuldigt
 Frau Susan Jahr SPD/BVB entschuldigt

CDU-Fraktion

Herr Wolfgang Banditt CDU entschuldigt
 Herr Volkhard Maaß CDU entschuldigt

Sachkundige Einwohner

Herr Jörg Kuschel DIE LINKE entschuldigt
 Frau Eva-Maria Meister CDU
 Herr Martin Schmidt SPD/BVB

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Poppe begrüßt den 2. Beigeordneten Herrn Fillbrunn, die weiteren Mitarbeiter der Verwaltung, die Mitglieder des ASGA sowie den Mitarbeiter der Presse.

Herr Poppe teilt mit, dass 9 Ausschussmitglieder anwesend sind und der Ausschuss somit beschlussfähig ist.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Poppe stellt fest, dass die Tagesordnung zur heutigen Sitzung allen Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Herr Poppe merkt an, dass keine Anträge zur Aufnahme in die Tagesordnung vorliegen.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der 11. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 23.02.2017 - öffentlicher Teil
208/2017
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen
7. Anträge
8. Tuberkuloseerkrankungen – eine Herausforderung für die Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst
BR/710/2017
9. Bericht I. Quartal 2017 und BuT-Berichterstattung
BR/715/2017
10. Informationen des Jobcenters Uckermark zur Integrationsarbeit mit ausländischen Staatsangehörigen im SGB II, insbesondere Geflüchteten
BR/714/2017
11. Reform der Eingliederungshilfe im Rahmen des Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen
BR/709/2017

zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 11. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 23.02.2017 - öffentlicher Teil
Vorlage: 208/2017

Herr Poppe stellt fest, dass in der vorgegebenen Frist keine Einwendungen gegen die Niederschrift der 11. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 23.02.2017 – öffentlicher Teil im Kreistagsbüro eingegangen sind und die Niederschrift somit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

Herr Poppe weist darauf hin, dass keine Informationen vorliegen.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Herr Poppe merkt an, dass keine Einwohneranfragen bestehen.

zu TOP 6: Anfragen

Herr Poppe informiert, dass keine Anfragen gestellt wurden.

zu TOP 7: Anträge

Herr Poppe teilt mit, dass keine Anträge vorliegen.

zu TOP 8: Tuberkuloseerkrankungen – eine Herausforderung für die Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst
Vorlage: BR/710/2017

Frau Dr. Hofmann stellt das Thema „Tuberkuloseerkrankungen – eine Herausforderung für die Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst“ anhand eines Power-Point-Vortrages vor (**Anlage 1**).

Herr Meyer nimmt ab 17:03 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Dr. Schwill dankt für den interessanten Vortrag. Er hinterfragt, ob es tatsächlich im Landkreis Uckermark keine Probleme im Rahmen der Thematik „Tuberkuloseerkrankungen“ gibt. Dies wird von Frau Dr. Hofmann bestätigt. Herr Dr. Schwill äußert seine Hoffnung dahingehend, dass dies so bleibt und gerade für solche Dinge immer ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um diesen nachgehen zu können. Frau Dr. Hofmann führt hierzu aus, dass sie gerade bei dieser Thematik verwaltungsintern starke Rückendeckung aller Beteiligten erfahren hat und erfährt. Bislang war das Erreichen der dargestellten Ziele ohne maßgebliche Aufstockung von Personal, sondern vielmehr durch Umstrukturierungen und Prioritätensetzungen im Gesundheitsamt möglich. Sollten die Asylbewerberzahlen jedoch wieder ansteigen, ist die Erfüllung der Aufgaben ohne zusätzliches Personal nicht dauerhaft zu leisten.

Frau Dr. Hofmann weist auch noch einmal darauf hin, dass Flüchtlingskinder Gemeinschaftseinrichtungen erst besuchen dürfen, wenn sie geimpft sind (gegen Mumps, Masern, Röteln und Windpocken; möglichst auch gegen Keuchhusten) und eine Tuberkulose ausgeschlossen wurde.

Herr Dr. Schwill erkundigt sich nach der Sensibilisierung der ansässigen Allgemeinärzte hinsichtlich des Themas Tuberkulose und hinterfragt die Risikogruppen. Es werden Alkohol- und Drogenabhängige aufgeführt, jedoch der Bereich Nikotinabhängige fehlt.

Frau Dr. Hofmann antwortet, dass für die Allgemeinärzte regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen stattfinden.

Frau Dr. Hofmann begründet noch einmal, warum insbesondere Personen mit Alkohol- und Drogenabhängigkeit ein höheres Risiko haben, an einer Tuberkulose zu erkranken. Einerseits liegt dies an der verminderten Abwehrlage, andererseits im Risikoverhalten selbst und der oft mangelnden Einsicht, bei erforderlicher Diagnostik, Kontrollen bzw. Therapien konsequent mitzuwirken.

Herr Regler erkundigt sich nach der möglichen Re-Finanzierung durch Bund oder Land. Frau Dr. Hofmann stellt dar, dass die Finanzierung über die 3 Ressourcen Jobcenter, Jugendamt und Sozialamt erfolgt. Diese rechnen dann ihre hierfür entstehenden Kosten eigenständig beim Land ab.

Herr Poppe dankt Frau Dr. Hofmann für ihren Vortrag.

Frau Dr. Hofmann verlässt um 17:48 Uhr die Sitzung.

„Der Ausschuss nimmt die Berichtsvorlage zur Kenntnis.“

**zu TOP 9: Bericht I. Quartal 2017 und BuT-Berichterstattung
Vorlage: BR/715/2017**

„Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht des Jobcenters Uckermark für das erste Quartal 2017 sowie zum Bildungs- und Teilhabepaket (erstes Quartal 2017) zur Kenntnis.“

**zu TOP 10: Informationen des Jobcenters Uckermark zur Integrationsarbeit mit ausländischen Staatsangehörigen im SGB II, insbesondere Geflüchteten
Vorlage: BR/714/2017**

Herr Steffen berichtet zu den Erfahrungen der letzten zwei Jahre hinsichtlich der Integrationsarbeit mit ausländischen Staatsangehörigen im SGB II, insbesondere mit Geflüchteten und gibt einen Überblick zu den regionalen Strategien.

Herr Dr. Schwill fragt nach dem Umgang der Behörden-Mitarbeiter mit den Kunden. Insbesondere möchte er wissen, ob im Landkreis die Du oder die Sie-Form gegenüber dem Kunden benutzt wird.

Herr Steffen antwortet, dass die Hilfeempfänger mit „Sie“ angesprochen werden. Es ist nicht üblich, diese zu duzen.

Herr Regler äußert, dass zu diesem Thema nicht solch Sensibilität an den Tag gelegt werden sollte. Im Englischen hat „you“ auch eine Mehrfach-Bedeutung. Weiterhin beinhaltet Integration auch das Erlernen der deutschen Sprache.

Herr Meyer schließt sich dem an und verdeutlicht, dass die Amtssprache deutsch ist. Es sollten nicht die Mitarbeiter Englisch, Arabisch oder Polnisch lernen, sondern die Hilfeempfänger zum Erlernen der deutschen Sprache motiviert werden.

Er lobt aber dennoch die sehr gute Arbeit des Jobcenters.

Herr Fillbrunn stellt noch einmal heraus, dass alle Hilfeempfänger, egal ob deutscher oder ausländischer Herkunft, gleich behandelt werden. Fakt ist auch, dass jeder Kunde des Jobcenters mit „Sie“ angesprochen wird.

Herr Poppe möchte wissen, woran es liegen kann, dass der Spracherwerb so lange dauert. Er fragt, ob dies an den zu wenigen Angeboten liegen kann oder an dem gravierenden Unterschied zwischen der deutschen und der arabischen Sprache.

Herr Steffen antwortet, dass es hier vielfältige Ursachen gibt. Zunächst war es schwierig die Angebote deutlich auszubauen. Ein weiterer Grund war der teilweise schlechte Besuch der Deutschkurse. Erschwerend kam hinzu, dass die Voraussetzungen der Geflüchteten sehr unterschiedlich waren, auch Analphabeten in den Kursen waren. Zwischenzeitlich hat sich die Situation deutlich verbessert.

Frau Knudsen berichtet, dass junge Geflüchtete, mit denen sie arbeitet, die in Deutschland leben und arbeiten wollen, in kürzester Zeit deutsch sprechen können. Wenn dann nur einer aus der Familie deutsch lernt, wird dieser von der Familie als Dolmetscher benutzt. Den Familien reicht dies dann völlig aus.

Herr Steffen bekräftigt, dass aus den Erfahrungen der Vergangenheit heraus klar ist, dass alle Ausländer die deutsche Sprache lernen müssen und können.

Herr Dr. Schwill stimmt dem zu und bekräftigt, dass man neben dem Fördern auch zum Fordern kommen muss. Notfalls ist dies auch durch Sanktionen zu tun.

Herr Fillbrunn stimmt dem zu und bekräftigt nochmals, dass ein Ziel der Integration grundlegend das Erlernen der deutschen Sprache ist.

„Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Berichtsvorlage zur Kenntnis.“

zu TOP 11: Reform der Eingliederungshilfe im Rahmen des Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen
Vorlage: BR/709/2017

Frau Janz stellt das Thema „Reform der Eingliederungshilfe im Rahmen des Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen“ anhand eines Power-Point-Vortrages vor **(Anlage 2)**.

Herr Dr. Schwill und Herr Regler möchten wissen, ob die Folgen riesige Personalaufstockung sind und wie diese dann finanziert werden.

Herr Ulrich informiert, dass derzeit ein Konzept erarbeitet wird, welches die strukturellen Auswirkungen, die das Sozialamt betreffen, beinhaltet.

Zur Finanzierung liegen derzeit noch keine konkreten Ausführungen des Landes vor, wie zukünftig die Erstattung erfolgen wird.

Herr Tattenberg fragt nach einer möglichen Quantifizierung, welche Behinderten-
 gruppen es im Landkreis gibt.

Frau Janz verneint dies.

Herr Meyer verlässt um 18:58 Uhr die Sitzung.

„Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Berichtsvorlage zur Kenntnis.“

zur Kenntnis genommen:

gez. Heiko Poppe
 Ausschussvorsitzender

gez. Dietmar Schulze
 Landrat

gez. Michaela Felgener
 Schriftführerin